

2. Tagung des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern

17.04.2010, Stadthalle Ludwigslust

Rede des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn

- Es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste des Parteitages, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

in den vergangenen Tagen hat es sich wieder in traurigster Weise bestätigt, dass wir Recht haben mit unserer Forderung: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Sieben deutsche Soldaten sind bei Gefechten getötet worden. Die Bundesregierung windet sich, um eines nicht zuzugeben: Es ist Krieg in Afghanistan und Deutschland ist eine Krieg führende Partei. Die Bundesrepublik führt Krieg und das darf nicht sein. Schluss mit dem Krieg, Schluss mit dem Töten!

Immer wieder denke ich daran, wie schrecklich es für die Familien sein muss, in denen jetzt jemand nicht mehr nach Hause kommt. Unser Mitgefühl gilt diesen Frauen und Kindern, Müttern und Vätern, den Brüdern und Schwestern.

Es gehört zum Krieg dazu, dass Menschen getötet werden. Es sterben nicht nur Soldaten. Auch Zivilisten werden immer wieder Opfer der Kämpfe. Ich erinnere da nur an die Bombenangriffe auf die Tanklaster bei Kunduz.

Nach dem Tod der drei Soldaten am Karfreitag sprach die Bundesregierung von einem „feigen Anschlag“, am Donnerstag nutzten sie die gleichen Worte. Entwicklungshilfeminister Niebel fordert „mehr Unterstützung aus der Heimat.“ Man könne nun umgangssprachlich von Krieg sprechen, meint der Verteidigungsminister zu Guttenberg. Es sei zu verstehen, wenn die Leute von Krieg sprechen, sagt Kanzlerin Merkel.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bundesregierung soll endlich zugeben, dass Deutschland im Krieg ist. Sie soll endlich aufhören, Unwahrheiten über das zu verbreiten, was dort passiert. Es werden nicht vor allem Schulen gebaut und Brunnen gebohrt. Es wird Krieg geführt, es wird geschossen und getötet. Und 70 Prozent der Deutschen sind nach einer Umfrage der ARD, die gestern veröffentlicht wurde, für einen schnellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Das liegt vor allem daran, dass niemand erkennen kann, warum Deutschland Krieg in Afghanistan führt. Die Kanzlerin behauptet bei jedem Anlass in den letzten Tagen, die Soldaten würden dort für die Sicherheit Deutschlands kämpfen. Dazu erübrigt sich jeder Kommentar. Fakt ist aber, dass laut des

Mandates, mit dem die Bundeswehr dort ist, Landesverteidigung gar nicht ihre Aufgabe ist! Also was passiert hier eigentlich?

Nachdem die drei Soldaten am Karfreitag ums Leben gekommen sind, wurde eine bessere Ausrüstung der Truppe gefordert. Das ist ein ganz heikles Thema. Natürlich haben wir Verantwortung für alle Soldatinnen und Soldaten, die im Auftrag des Deutschen Bundestages im Einsatz sind. Diese Verantwortung haben wir auch, obwohl wir keinem dieser Mandate zugestimmt haben.

Aber es ist und es bleibt eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit, wenn man so tut, als ob neue Ausrüstung und schwere Waffen den Tod deutscher Soldaten verhindern könnten. Neue Waffen führen zu neuen Opfern, bei den Afghanen und bei den Deutschen.

Das Sterben ist ein Teil des Krieges. Sich jetzt in eine Rüstungsspirale zu begeben, wäre fatal und gerade die deutsche, unsere Geschichte hat das in schlimmster Form bewiesen. Am Donnerstag hat das Verteidigungsministerium, ohne den Bundestag zu informieren oder zu befragen, 60 zusätzliche Panzer bei Rüstungskonzernen in Auftrag gegeben. Alle für Afghanistan, wenn man den Medienberichten dazu glauben kann. Das ist eine ganz gefährliche Entwicklung und wir fordern, dass die Bundesregierung endlich aufhört, die Menschen zu täuschen! Wir fordern, dass die Aufrüstung gestoppt wird und wir fordern, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan! Nicht irgendwann nach 2011, wie die SPD das fordert. Wir brauchen den Abzug sofort und stattdessen wieder eine ordentliche zivile Aufbauarbeit!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Frage nach unserem Verhältnis zum Militär ist eine der zentralen in der Programmdebatte. Die hat jetzt endlich begonnen und wir haben etwa anderthalb Jahre Zeit, um den Entwurf zu diskutieren und sicher auch an der einen oder anderen Stelle weiterzuentwickeln. Der Landesvorstand wird in den kommenden Monaten eine Reihe von Veranstaltungen durchführen, bei denen wir uns mit einzelnen Fragen der Programmdebatte auseinandersetzen werden. Im Herbst wird es eine gemeinsame Regionalkonferenz mit den Landesverbänden Brandenburg und Schleswig-Holstein geben.

Zur Vorbereitung und Begleitung dieser Veranstaltungen werden wir eine Arbeitsgruppe einsetzen. Aber liebe Genossinnen und Genossen, eine Programmdebatte kann nur lebhaft sein, wenn sich viele daran beteiligen. Sie kann nur konstruktiv sein, wenn andere Meinungen nicht als Provokation oder persönliche Angriffe verstanden werden. Nutzen wir die vielen verschiedenen Erkenntnisse und Erfahrungen, die wir miteinander machen. Denken wir immer daran, dass in einem

gemeinsamen Programm gemeinsame Positionen, nicht Maximalforderungen stehen müssen.

Passen wir aber auch auf, dass wir nicht Kompromisse des lieben Friedens wegen schließen. Das haben wir in der PDS von Zeit zu Zeit getan und es ist uns nicht gut bekommen. Natürlich muss unser Programm eine klare Linie haben und ich bin sicher, die wird es auch bekommen.

Nun war schon viel über den Programmentwurf zu lesen. Vor allem Mitglieder anderer Parteien haben sich darüber geäußert, was dieser denn wert sei. Offensichtlich wurden wichtige Fragen so deutlich angesprochen, dass sie eine Diskussion herausfordern. Lasst uns bei diesen Diskussionen aber nicht nur im eigenen Saft schmoren und auch nicht nur mit unseren Freunden und Partnern sprechen. Suchen wir auch gezielt die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Kräften, die eher nicht auf unserer Seite stehen. Das gibt uns die Möglichkeit, unsere Positionen zu hinterfragen. Wir müssen sie danach ja nicht aufgeben.

Ich kann mir das sehr interessant vorstellen, mit Unternehmern die Überlegungen zum Belegschaftseigentum zu diskutieren, oder mit Bankangestellten die Gedanken zum Bankenwesen. In den letzten Wochen haben viele Mitglieder unserer Partei den Programmentwurf gelesen und auch in den Basisgruppen und Ortsverbänden darüber gesprochen. Die Reaktionen sind natürlich ganz verschieden.

Ich wünsche mir, dass wir unter Steuerung der Arbeitsgruppe und gern in Begleitung durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung solche Themen gezielt bearbeiten und dann auch Vorschläge zur Weiterentwicklung des Programms machen. Wir brauchen ein Programm, das man nicht erklären muss, ein Programm, das sich selbst erklärt. Wir brauchen ein Programm, das nicht nur beschreibt, was wir nicht wollen, sondern konkret unsere Vision von einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus darlegt. In Wahlprogrammen beschreiben wir, was wir in den nächsten vier oder fünf Jahren selber tun wollen. Im Mittelpunkt stehen unsere eigenen Vorstellungen, nicht die Kritik an anderen. Mit dem Parteiprogramm wollen wir unsere Grundsätze beschreiben und das mittel- bis langfristige Ziel unserer Politik. Das ist natürlich etwas anderes als ein Wahlprogramm. Aber an dem Grundsatz, uns nicht zuerst über die Kritik an anderen zu definieren, sondern unsere eigenen Positionen zu benennen, sollten wir festhalten. Dabei reicht es dann nicht, Ideen grob zu benennen. Konkrete Antworten über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums oder das Eigentum an Produktionsmitteln sind gefragt.

Brauchen wir wirklich ein permanentes Wachstum, um den gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, oder müssen wir uns nicht doch Gedanken über eine gänzlich andere Produktionsweise im Einklang mit den natürlichen Ressourcen machen?

Nein, das Kommunistische Manifest war und ist keine Bedienungsanweisung für den Kommunismus oder den demokratischen Sozialismus. Das sollte es ja auch nie sein. Sicher ist es aber eine

wesentliche Grundlage für unsere Überlegungen zu einer Gesellschaftsform, die wir gemeinsam anstreben. Auch ein neues Parteiprogramm kann und soll nicht jedes Detail von Staat und Gesellschaft beschreiben. Das ginge auch schlecht auf 25 Seiten. Wir müssen aber den Mut haben, konkrete Antworten zu geben, damit die Menschen wissen, was sie von uns zu erwarten haben. Da ist noch Arbeit erforderlich.

Das Thema über das zumindest in den Medien am meisten debattiert wurde, ist aber wohl das der Kriterien für eine Regierungsbeteiligung. Nun ist das Thema alles andere als unwichtig. Aber es ist ganz bestimmt nicht das alles entscheidende und es steht am Ende einer solchen Programmdebatte. Schließlich macht es mehr Sinn zuerst über die Gesellschaft, die wir wollen, zu sprechen und sich dann Gedanken über die Formen zu machen, mit denen man die Veränderungen erreichen will. Trotzdem muss ich schon sagen, dass es mir lieber wäre, wir würden mehr über das sprechen, was wir in Regierungen erreichen wollen, als vor allem zu benennen, was wir garantiert alles nicht machen werden.

Es ist völlig in Ordnung auch zu benennen, was mit der LINKEN nicht zu machen ist. Auch hier müssen wir aber wieder den Unterschied zwischen Wahl- und Parteiprogramm beachten. Dieser Teil gehört aus meiner Sicht eher in ein Wahlprogramm. Ganz nebenbei finde ich auch, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern so selbstbewusst sein sollten und auch sein werden, dass wir das allein entscheiden, ob, mit wem, wann und vor allem mit welchen Zielen wir uns an Regierungen beteiligen. In jedem Fall wird unser Ziel eine Gesellschaft sein, die friedlich, sozial und gerecht ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor nicht einmal einem halben Jahr haben wir uns zur ersten Tagung des 2. Landesparteitages in Sternberg getroffen. Voller Stolz und mit einem gesunden Selbstbewusstsein sind wir zusammengekommen. Mit 29 Prozent aller Stimmen im Land bei den Bundestagswahlen, vier Mandaten, eines davon direkt, hatten wir auch allen Grund dazu. Wir waren uns einig, dass es ab sofort darum gehen muss, die Landtagswahlen 2011 gut vorzubereiten und nicht in die alte Krankheit der Linken zu verfallen, nämlich Erfolge nicht genießen zu können.

Ich meine, dass wir in unserem Landesverband auch heute noch eine ordentliche Geschlossenheit und einen solidarischen Umgang miteinander haben, auch wenn die Wogen etwas höher schlagen. Es ist gut, dass wir auch unterschiedliche Ansichten haben. Die müssen wir auch miteinander diskutieren. Das solidarische und menschlich anständige Miteinander darf dabei aber nicht auf der Strecke bleiben.

In der Bundespartei haben wir da leider anderes erleben müssen. Mit einer ersten Kampagne im Dezember und einem kräftigen Nachschlag zu Anfang des neuen Jahres wurde eine Intrige gegen

den Bundesgeschäftsführer unserer Partei gestartet, die ich so in der LINKEN für unvorstellbar gehalten habe. Mit üblen Unterstellungen und der Schaffung vollendeter Tatsachen, sollte hier jemand in Abseits gestellt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn jemand meint, die Wahlkämpfe der LINKEN seien nicht professionell genug geführt, die Strukturen vor allem im Westen nicht gezielt aufgebaut, Kampagnen nicht anständig geplant oder die Arbeit des Parteivorstandes nicht gut koordiniert worden, dann verkennt er die Realitäten. Fakt ist, dass mit Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter die größten Wahlerfolge in der Geschichte unserer Partei nach 1990 erreicht wurden. Der Westaufbau beständig vorangetrieben wurde. Mit seiner Hilfe einige Landesverbände im Westen, die vor dem Chaos standen, stabilisiert wurden, ohne großes Aufsehen. Fakt ist, dass mit Dietmar Bartsch als Bundesgeschäftsführer die Kampagnen gegen den G8-Gipfel oder die Rente ab 67 professionell vorbereitet und durchgeführt wurden und ohne ihn vieles im Berliner Karl-Liebknecht-Haus nicht so rund laufen würde, wie es das heute tut. Ich freue mich, dass dieser Bundesgeschäftsführer Mitglied unseres Landesverbandes ist und dass er in der Bundestagsfraktion als stellvertretender Vorsitzender auch weiterhin einflussreich tätig sein wird.

An dieser Stelle möchte ich Dir, Dietmar, im Namen unseres Landesverbandes ganz herzlich für Deine Arbeit als Bundesgeschäftsführer danken und uns für die künftige Zusammenarbeit in neuer Funktion viele weitere gemeinsame Erfolge wünschen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in einem Monat findet bei uns im Land der Bundesparteitag der LINKEN, in der Rostocker Stadthalle, statt. Bevor ich dazu etwas sage, möchte ich mich schon jetzt ganz herzlich bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer für einen reibungslosen Ablauf sorgen werden.

Schon jetzt erwarten viele, dass es hoch hergehen wird. Es stehen personelle Entscheidungen an, es müssen Satzungs- und Strukturfragen geklärt werden. DIE LINKE wird mit dem Rostocker Parteitag in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintreten. In Vorbereitung findet zur Zeit ein Mitgliederentscheid statt. Aus unserem Landesverband haben sich bereits 42 Prozent aller Mitglieder beteiligt. Das ist ein gutes Ergebnis. Noch eine Woche lang können die Unterlagen ausgefüllt und abgeschickt werden. Egal wie Ihr Euch entscheiden wollt, macht mit bei dem Mitgliederentscheid und sorgt für eine hohe Beteiligung bei unseren Mitgliedern.

Unser Schatzmeister Karl Holluba wird in seinen wohlverdienten Ruhestand gehen. Er hat in den letzten Jahren mit seiner Arbeit dafür gesorgt, dass die Finanzen der Partei in Ordnung waren und wir eine materielle Grundlage für die politische Arbeit hatten.

Oskar Lafontaine tritt nicht wieder als Vorsitzender an. Seine Verdienste um die Gründung der LINKEN und vor allem ihr Erstarren im Westen der Republik können kaum überbewertet werden. Auch ihm gilt selbstverständlich unser Dank und wir wünschen ihm vor allem gute Gesundheit, damit auch er noch lange weiter für unsere Partei arbeiten kann. Selbstverständlich können und wollen wir auf herausragende Persönlichkeiten wie ihn gar nicht verzichten.

Unser Vorsitzender Lothar Bisky wird ebenfalls nicht erneut kandidieren. Lothar hat in der schwersten Phase der PDS wieder Verantwortung übernommen. Er hat uns immer wieder deutlich gemacht, wie wichtig es ist, Kompromisse auf Augenhöhe zu schließen, um gemeinsam erfolgreich zu sein. Lothar Bisky hat mit seiner scheinbar grenzenlosen Geduld so manchen Konflikt geschlichtet. Jetzt ist er Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament. Damit hat er auch weiterhin jede Menge zu tun, vor allem dabei das Profil der LINKEN als pro-europäische Partei zu stärken. Unserer Hilfe kann er sich dabei sicher sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Herbst 2011 werden in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen stattfinden. Seit 2006 stellen SPD und CDU die Regierung.

Dem Land hat das nicht gut getan. Die aktive Arbeitsmarktpolitik wurde bis zur Unkenntlichkeit zusammengestrichen. Immer wieder beklagen Regierungsvertreter den drohenden

Fachkräftemangel und betonen, dass auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt wichtiger werden. Sie fordern auf, auszubilden und verweisen auf die schwachen Geburtenjahrgänge und die wenigen Schulabgängerinnen und -abgänger. Nur tun sie leider fast gar nichts, um daran etwas zu verändern. Die einfachsten Sachen bekommt diese Landesregierung nicht fertig, wenn es darum geht, Mecklenburg-Vorpommern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer interessanter zu machen. Eine Ankündigung nach der anderen ist zu hören, dass es ein neues Vergabegesetz mit einer Mindestlohnklausel oder einer Tariflohnklausel geben soll. Und was passiert? Nichts. Was ist so schlimm daran, wenn das Land, wenn die Kommunen Aufträge künftig nur noch an Unternehmen vergeben, die ihren Angestellten ordentliche Löhne zahlen?

Warum weigert sich die Landesregierung so ein Gesetz zu machen? Entweder kann sie es nicht, das wäre schlimm, oder sie will es nicht und das wäre kein Stück besser. Schließlich stärkt es die Kaufkraft im Land, wenn die Menschen, die arbeiten, davon auch ordentlich leben können.

Mecklenburg-Vorpommern hat schon den Ruf ein Billiglohnland zu sein und die Zahlen der

Durchschnittseinkommen bestätigen das ja auch. Aber es hat nicht dazu geführt, dass sich nun massenhaft Unternehmen hier ansiedeln. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Wir brauchen gute Löhne für gute Arbeit, auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Aber die Landesregierung macht leider nichts, was die Bundesregierung nicht auch machen würde. Seit Jahren ist die öffentliche Hand ganz vorne dabei, wenn es darum geht, Löhne zu drücken. Nur ein paar Beispiele: In welchem Rathaus werden denn noch durch städtische Angestellte die Räume gereinigt? Fast überall sind dafür Firmen, die mit Billiglöhnen arbeiten beauftragt.

Oder schauen wir uns die Vergabe der Aufträge der Bundesagentur für Arbeit an. Da werden Bildungsmaßnahmen an Bildungsträger vergeben. Wichtigstes Kriterium in so einem Bereich sollte natürlich die Qualität sein. Ist es aber nicht. Nur der Preis entscheidet und das findet natürlich auf dem Rücken der Angestellten statt.

Da gibt es auch kein Unrechtsbewusstsein bei der Bundesregierung. Während der Beratung des Etats des Bundesinnenministers musste ich das wieder ganz deutlich erleben. Völlig zu Recht wurden die Mittel für Integrationskurse von Migrantinnen und Migranten erhöht. Gerade in diesem Bereich sind die Einkommen der Lehrkräfte oft unterirdisch. Darauf haben wir hingewiesen und eine Änderung eingefordert. Die Antwort von Thomas de Maizere war erschreckend. Er sei dafür, lieber mehr Teilnehmer durch die Kurse zu bekommen, als die Löhne der Lehrkräfte zu erhöhen. Dafür sei er auch nicht zuständig, das müssten die Bildungsträger klären, die solche Kurse anbieten. Aber wovon sollen die bessere Löhne zahlen, wenn sie nur 2,30 Euro pro Teilnehmer bekommen?

Wegen so einer Politik bekommen Fachkräfte, die letztlich vom Staat bezahlt werden, auch nach 30 Jahren Berufserfahrungen weniger Geld im Monat als Bruttolohn, als ich als Bundestagsabgeordneter Steuern zahlen muss und ich finde, dass ich zu wenig Steuern zu zahlen habe. Das, liebe Genossinnen und Genossen ist staatlich geförderte Lohndrückerei und die Vorbereitung auf Altersarmut. Da machen wir nicht mit und deswegen brauchen wir endlich ein Vergabegesetz, das öffentliche Aufträge an tarifgerechte Bezahlung bindet. Ohne DIE LINKE wird es so ein Gesetz aber ganz offensichtlich nicht geben.

Schauen wir uns an, was bei den Werften passiert ist oder auch nicht passiert ist. Niemand kann bestreiten, dass es sich um systemrelevante Industrien handelt. Wie soll den Deutschland seine Waren in alle Welt exportieren, wenn keine Schiffe zur Verfügung stehen? Es muss alles getan werden, dass wir eigenständig Schiffbau betreiben, auch im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Außerdem reden wir hier über DIE industriellen Kerne an der Küste.

Wenn es eine Situation gibt, wie sie bei den Werften im Sommer letzten Jahres entstanden ist, dann kann doch eine verantwortungsvolle Landesregierung nicht einfach zuschauen und hoffen, dass

sich das Problem irgendwie lösen wird. Die Franzosen haben vergleichbare Gelegenheiten genutzt, um sich bei solchen Unternehmen mit wenigstens einem Viertel einzukaufen. Das hätte die Landesregierung hier auch tun sollen, dann säße sie mit am Tisch und könnte Entscheidungen treffen. Jetzt erleben wir eine permanente Hängepartie auf dem Rücken der Beschäftigten. Das hätte so nicht sein müssen. Wie lange hat es gedauert, bis CDU und SPD bereit waren, die Transfergesellschaft zu verlängern? Mit den ersten Krediten an die Werft hatte die Regierung gut an den Zinsen verdient. Ein paar Millionen für die Transfergesellschaft, um die Existenz von hunderten Familien zu sichern, waren aber ein großes Problem. Das ist keine gute Politik für unser Land. Das können wir besser. Und gerade bei den Werften können wir wieder sehen: Links wirkt. Erst bei der Verlängerung der Transfergesellschaft und jetzt wohl auch bei der Unterstützung des Bundes. Nachdem Kanzlerin Merkel Hilfe versprochen hatte, ist nichts mehr passiert. Im Gegenteil. Keine staatlichen Hilfen, nur Koordination von Wirtschaft und Banken. Das war die Linie, mit der die Bundesregierung durch die Werftenkrise gehen wollte. So hat sie das bei offiziellen Anfragen unmissverständlich mitgeteilt. Alles andere waren nur Beteuerungen, die sich gut in den Zeitungen lesen. Maritimer Koordinator ist wieder kein Norddeutscher geworden, der vielleicht ein bisschen Ahnung von dem Thema hat. Nach einer bayerischen Ikone ist nun ein Hesse für die Küste zuständig. Auf einer Veranstaltung bei der IHK der Nordländer hat er ganz deutlich offenbart, dass er schon wenig Ahnung von der maritimen Wirtschaft hat. Wenn er über sie spricht, denkt er und das ist eigentlich noch viel schlimmer, zuerst an die Nordseeküste. Die Probleme in Mecklenburg-Vorpommern sieht der Mann offenbar gar nicht.

DIE LINKE hat im Deutschen Bundestag schon im November eine kleine Anfrage eingereicht, mit der wir eine Aufstellung über die zivilen Wasserfahrzeuge der Bundesministerien bekommen wollten.

Das Ergebnis war beeindruckend. Die Bundesrepublik hat über 200 zivile Wasserfahrzeuge. Die meisten davon sind aber ziemlich alt. Also haben wir gefordert, dass Reparaturen und Ersatzneubauten vorgezogen werden sollten. Bis vor kurzem wurde das genauso zurückgewiesen, wie unsere Forderung nach Finanzhilfen zur Finanzierung von Schiffsneubauten. In dieser Woche konnten wir lesen, dass die Bundesregierung darüber nachdenkt, Ersatzneubauten vorzuziehen und die teilverstaatlichte Commerzbank soll Kredite geben. Liebe Genossinnen und Genossen, ohne die enge Zusammenarbeit unserer Landtagsfraktion mit der Bundestagsfraktion und den guten Kontakten zu den Gewerkschaften und Betriebsräten, wäre das nicht passiert. Die Landesregierung agiert halbherzig und kann sich in Berlin nicht durchsetzen. Es war nicht zuletzt unser politischer und öffentlicher Druck, der hier gewirkt hat und nun wollen wir hoffen und weiter dafür streiten, dass es eine sichere Zukunft für alle Werften in unserem Land gibt.

Jeder und jedem von uns stellen sich die Haare zu Berge, wenn wir an das denken, was die Landesregierung den Kommunen antut. Mit dem Haushalt 2010 wurden den Städten, Kreisen und Gemeinden 200 Millionen Euro gestrichen. Geld, das an allen Ecken und Enden fehlt. Da sind die Schlaglöcher nach dem Winter noch eines der kleineren Probleme. Und diese Kürzung kommt nach dem größten Haushaltsüberschuss, den es bei uns je gegeben hat. Die Finanzministerin hat letztes Jahr 419 Millionen Euro mehr eingenommen als ausgegeben.

Wir mussten daraufhin über 100 Millionen in den Länderfinanzausgleich zurückzahlen. Das heißt, dass das arme Mecklenburg-Vorpommern Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen Geld überweist, während bei uns die Kommunen Wasser saufen! Eine verantwortungsvolle Landesregierung hätte im November und Dezember ein Nothilfsfonds zur Entschuldung der Kommunen aufgelegt und so die Finanzkraft der Städte und Gemeinden gestärkt. Im Artikel 72 der Landesverfassung ist die kommunale Selbstverwaltung garantiert. Dazu muss man aber auch das Geld zur Verfügung stellen. Das tut die Landesregierung nicht und damit riskiert sie die kommunale Selbstverwaltung. Damit riskiert sie, dass Kindergärten und Schulen nicht in Ordnung gehalten werden können, dass Bibliotheken schließen und Musikschulen ihre Angebote kürzen müssen. So eine Politik ist schlecht für Mecklenburg-Vorpommern und wir können das besser!

Die Sozialministerin hat vor kurzem ihr neues Kindertagesstättengesetz vorgestellt. Eine wirkliche Verbesserung ist da aber auch wieder nicht zu erkennen. Von einer Verantwortung des Landes für die Absenkung der Elternbeiträge gibt es keine Spur. Dem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern will der geschichtsvergessene Bildungsminister Tesch nun mit Referendarinnen und Referendaren als preiswerte Vertretungslehrer begegnen. Die Grünen und die FDP haben nicht generell etwas gegen Studiengebühren oder sind voll dafür. Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden im Herbst das Thema Bildung in den Mittelpunkt unseres Parteitages stellen.

An diesen Beispielen zeigt sich auch deutlich, dass Bildungsfragen zutiefst soziale Fragen sind. DIE LINKE wird dieses in den kommenden Monaten ganz deutlich machen und zeigen, dass Mecklenburg-Vorpommern nur eine Chance hat, wenn wir uns darauf konzentrieren, dass alle hier bei uns die beste Ausbildung bekommen. Dabei darf das Einkommen genauso wenig wichtig sein, wie die Herkunft.

Wir wollen unsere Ziele umsetzen. Wir wollen eine bessere Politik für Mecklenburg-Vorpommern machen. Friedlich. Sozial. Gerecht. Dazu müssen wir bei den Landtagswahlen im nächsten Jahr an unsere Erfolge des letzten Jahres anknüpfen. Diese Erfolge sind nicht von irgendwo gekommen. Sie waren das Ergebnis konzentrierter Arbeit und großer Geschlossenheit. Wir haben es selbst in der Hand, diesen Weg weiterzugehen oder uns selbst ein Bein zu stellen.

Vor anderthalb Jahren hat Peter Ritter uns vorgeschlagen, 2011 mit einem Ministerpräsidentenkandidaten anzutreten und Helmut Holter dafür vorgeschlagen. Seit diesem Parteitag wurde darüber bei uns diskutiert. Alle Gliederungen der Partei waren aufgerufen mögliche Alternativvorschläge zu unterbreiten. Es spricht für sich, dass nicht ein Vorschlag bis zum vereinbarten Termin, dem Dezember letzten Jahres, eingegangen ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, Helmut Holter ist ohne Zweifel einer der bekanntesten und profiliertesten Politiker in Mecklenburg-Vorpommern. Er hat erklärt, dass er für diese Aufgabe zur Verfügung steht und er hat auch in seiner Arbeit als Fraktionsvorsitzender im vergangenen Jahr bewiesen, dass er es kann.

Der Landesvorstand schlägt Euch deswegen EINSTIMMIG vor, dass wir Helmut Holter als Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen 2011 benennen. Und wir schlagen Euch vor, dass wir erneut klar sagen, die Koalition aus SPD und CDU muss weg. Unser Ziel kann doch aber keine Regierung aus CDU und FDP sein. Wir können regieren und wenn die Wahlergebnisse stimmen und wir uns auf einen ordentlichen Koalitionsvertrag einigen, dann sollten wir das auch tun. Und wir haben Grund selbstbewusst zu sein. In vier von 18 Kreisen und kreisfreien Städten regieren wir, stellen wir mit Kerstin Kassner, Bärbel Syrbe, Siggie Konieczny und Geli Gramkow die Landrätinnen, den Landrat und die Oberbürgermeisterin. In den größten Städten des Landes stellen wir die stärksten Fraktionen und dort geht nicht viel ohne uns. Wir gestalten dort ganz aktiv und in Verantwortung unsere Kommunen und unser Land. Wir müssen uns da nicht verstecken. Und wenn wir mehr Stimmen bei den Wahlen bekommen als mögliche Partner, dann wird eine Koalition bestimmt nicht an uns scheitern. Aber klar ist, wer die stärkste Partei ist, stellt den Ministerpräsidenten. Da gibt es gar keine Diskussion liebe Genossinnen und Genossen. Ich bitte Euch also, dass Ihr dem Antrag A1 des Landesvorstandes zustimmt und damit nach anderthalb Jahren intensiver Diskussion die ersten Weichen für die Landtagswahlen 2011 stellt.